

Inhaltsverzeichnis

- S1 Nachruf Franz Eschbach
- S2 GuK Aufruf zum Ostermarsch
- S2 Erklärung BAG GuK (Ukraine)
- S3 Broschüre der Tagung - online
- S3 Matthias Jochheim Rede Ukraine + Kriegs-Propaganda dekonstruieren!
- S5 Sylvia Weiss Artikel über den völkerrechtswidrigen Irakkrieg 2003
- S8 Peter Wahl Mitautor Erklärung Stoppt den Krieg + Das Kohlhaas-Syndrom: Wenn "Waffenstillstand" zum Bäh-Wort wird
- S12 Martina Jäger Kirche und Militär
- S15 Elsa Rassbach Der neue Drohnenkrieg im Aus- und Inland
- S16 GuK unterstützt (KOPI-Text an Außenministerin)
- S17 Attac Gruppen - Krieg ist kein Mittel zur Lösung von Konflikten
- S18 Völkerrechtswidriger NATO-Kosovokrieg 24.03.1999
- S19 Rundbrief SiG 149
- S19 Ostermarschtermine 2023
- S20 Plakate / Impressum

Nachruf – von Reinhard Frankl im Namen der BAG GuK

Wir trauern um Franz Eschbach

Am 18. März ist Franz Eschbach im Alter von 77 Jahren überraschend gestorben. Für uns Franz ein Attac-Urgestein. Nicht eines, das weithin sichtbar über dem Krater der Globalisierungskritik quasi als kurzes Feuerwerk aufstieg, um bald wieder mit den überflüssigen Gesteinsmassen auf der Oberfläche des Attac-Vulkans zu erkalten. Nein. Er war einer, der half, im Inneren die Glut der aufrichtigen Globalisierungskritik zu erhalten.

Franz war in seiner Regionalgruppe in Karlsruhe von Anfang an dabei, hat sich aber in den letzten Jahren mehr und mehr auf die BAG Globalisierung & Krieg konzentriert, wo er auch von Anfang an dabei war, nicht nur als eine zentrale Figur in den Diskussionen, er hat die Gruppe auch all die Jahre hindurch im Attac-Rat vertreten. Auch im Bundes-KoKreis war er einige Jahre aktiv.

Als Ingenieur in Sachen Hardware brachte er entsprechendes Know-How mit und hat sich unermüdlich um die technischen Grundlagen des Netzwerks, sei es um Telefon- oder Video-Konferenzen, Dudles, Pads oder eben um die Mailing-Listen gekümmert und so die Gruppenarbeit aufrecht erhalten - oft bis tief in die Nacht hinein. Akribisch hat er die Jahrzehnte hindurch den Internet-Auftritt der BAG Globalisierung & Krieg gepflegt und dort ein wertvolles, umfangreiches Archiv geschaffen. Franz war ein Beispiel für die Einheit von Theorie und Praxis. Inhaltlich hat er früh auf den Listen und in den Gremien Zensur- und Ausgrenzungsversuche kritisiert, aber auch für Klarheit in den Positionen gekämpft. Wir haben in ihm einen Mitstreiter gefunden, der immer und wirklich bis zum Schluss auf unserer Seite gegen Imperialismus und seine militärische Globalisierung stand.

Natürlich hat er noch am 11. März am Hybrid-Treffen unserer Perspektiven-Gruppe teilgenommen, um die ursprünglichen Ziele und basisdemokratischen Strukturen von Attac wiederzubeleben und weiterzutragen. Er ist uns völlig überraschend und viel zu früh entrissen worden. Wir werden hart arbeiten müssen, um die Lücke zu füllen, die er bei uns hinterlässt. Unsere besondere Anteilnahme gilt seiner Lebensgefährtin Gudrun, die bis vor wenigen Jahren auch aktiv in unserer AG war. Oft war sie zuerst am Telefon und musste Franz vom Computer loseisen. Sie hat ihn auch auf etlichen bundesweiten Treffen begleitet. Wir trauern gemeinsam.



Die bundesweite AG Guk ruft zur Teilnahme am Ostermarsch 23 auf

Krieg bringt Tod und Zerstörung, Elend und Vertreibung. Unser Mitgefühl gilt allen Verwundeten, Vertriebenen und allen die um ihr Leben und das ihrer Angehörigen fürchten. Dieses gilt für alle von Krieg betroffenen Menschen - in der Ukraine ebenso wie in Afghanistan, Jemen, Syrien, Kurdistan, Mali und anderswo. Unsere Solidarität gehört allen friedliebenden Menschen und Kriegsdienst-verweiger*innen in Russland, in der Ukraine und anderswo.

Nach über einem Jahr Krieg in der Ukraine ist die Hauptfrage, wie das Töten so schnell wie möglich beendet werden kann und ein Waffenstillstand zustande kommt, der den Weg für eine Verhandlungslösung ebnet.

Auch wenn ein gravierender Buch des Völkerrechts ist, sind Waffenlieferungen die falsche Antwort.

Sie würden das Töten nur verlängern. Ihre Befürworter müssen sich fragen, ob noch 100.000, 200.000 oder noch mehr Menschenleben geopfert und die weitere Zerstörung der Ukraine für die Illusion eines Siegfriedens in Kauf genommen werden sollen.

Je länger der Krieg dauert, umso größer ist die Gefahr einer Ausweitung und Eskalation mit einem katastrophalen Kontrollverlust.

Innenpolitisch befördert die Fortsetzung des Krieges die Militarisierung unserer Gesellschaft und bindet menschliche und finanzielle Ressourcen, die dringend für Soziales, Bildung, Gesundheit und den ökologischen Umbau benötigt werden.

Außenpolitisch verhindern der Krieg und die zunehmende Konfrontation eine zwingend notwendige internationale Kooperation zur Verhinderung der Klimakatastrophe.

Wir fordern daher:

- **Sofortiger Waffenstillstand und Aufnahme von Verhandlungen!**
- **Stopp der Aufrüstung und Militarisierung!**
- **Nein zu Konfrontation und Kaltem Krieg 2.0!**
- **Für eine kooperative und demokratische Weltordnung!**
- **Mehr Geld für Soziales, Bildung, Gesundheit und ökologische Wende!**

Link zur Liste mit den Terminen, praktischen Details etc. der Ostermärsche:

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2023>

07.02.2023

Erklärung attac bundesweiten AG-GuK zum Ukrainekrieg

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/flyer/ukraine/20230207_Attac-AG_GuK_Ukrainekrieg.pdf

Jeder Kriegstag in der Ukraine bringt mehr Tote und mehr Zerstörung. Die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland wächst mit jedem Kriegstag bis zur Ausweitung zu einem Atomkrieg. Wir fordern:

- **Stopp der Eskalationsspirale. Diplomatie und Verhandlungen müssen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen! Die Bundesregierung muss gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren eine große diplomatische Offensive für Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen starten**
- **NEIN zur Logik des Krieges – JA zur Sprache des Friedens! Friedenslogik denkt von dem Ziel her, Frieden zu schaffen. Das bedeutet eine Krisendiplomatie auf Augenhöhe und die Bereitschaft zu Kompromissen.**
- **Keine Waffenlieferungen! Waffenlieferungen eskalieren und verlängern Kriege.**
- **Schluss mit der Sanktionspolitik! Nicht Oligarchen oder Regierungen leiden darunter, sondern Menschen und andere Lebewesen weltweit.**
- **Neue Gespräche zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle zwischen USA und Russland!**
- **NEIN zum 100 Milliarden Aufrüstungspaket! JA zu einem Paket für Klima, Soziales, Gesundheit und Bildung!**
- **Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland! Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung!**

- **Keine Abwälzung von durch Krieg und Sanktionen verursachte Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie auf die ohnehin wirtschaftlich Benachteiligten!**
- **Asyl für alle Kriegsdienstverweiger*innen - aus Russland, der Ukraine oder von anderswo!**

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser Krieg hat eine lange Vorgeschichte. Dazu gehören die NATO-Osterweiterung und die Pläne zur Aufnahme der Ukraine in die NATO. Russland befürchtet dadurch eine Stationierung von US-Atomraketen in der Ukraine, die Moskau in 5 Minuten treffen könnten

Die Broschüre der BAG GuK-Tagung

Wege zum Frieden - den globalen Krieg verhindern Abrüsten statt Aufrüsten!

vom 23./24.09.2022, Frankfurt (Main) haben wir nun online gestellt. Sie kann als PDF angeschaut oder heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

- S5 Über die Tagung
- S9 Michael von der Schulenburg: Nicht den Krieg - den Frieden gewinnen!
- S17 Reiner Braun: Zukunft sichern mit immer mehr Waffen
- S21 Peter Wahl: Ukraine-Krieg - Konfliktanalyse
- S31 Matthias Jochheim: Nukleare Rüstung
- S33 Klaus Dräger: Was macht der Ukraine-Krieg mit der EU?
- S39 Francisco Mari: Der globale Süden in der Weltkrise
- S45 Lucas Zeise: Systemische Triebkräfte. Ökonomie – Ressourcen – Sanktionen als Waffe
- S53 Anhang
- S54 Weitere Hinweise

www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/reader/20220923-24_Doku-Tagung-Wege-zum-Frieden.pdf



Erklärungen, Redebeiträge, Veröffentlichungen, Zusammenfassungen von BAG-GuK-Mitgliedern

24.02.23, Matthias Jochheim, Redebeitrag, Frankfurt, Demo

Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, seit einem Jahr empfangen wir die Nachrichten von diesem grausamen, für Hunderttausende tödlichen Krieg in der Ukraine. In eklatanter Verletzung des Völkerrechts ist die russische Armee dort einmarschiert.

Unser Entsetzen und unsere Empörung dürfen uns nicht davon abhalten, über die Vorgeschichte und die Ursachen dieses Desasters nachzudenken.

Mit einer kleinen Gruppe waren wir heute Nachmittag vor dem US-Konsulat in der Gießener Straße, und haben dort eine Erklärung übermittelt, die auf Schritte der NATO-Vormacht USA im Vorfeld des russischen Überfalls hinweist, die geeignet waren, den Frieden weiter zu untergraben: die Kündigung von Rüstungskontrollabkommen wie zu ABM (Anti Ballistic Missiles) und den INF (Mittelstreckenraketenverbotsvertrag, aus dem Jahr 1987). Zu ergänzen ist hier die NATO-Osterweiterung, entgegen der Zusagen im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung des Warschauer Vertrags. Es fand bereits eine zunehmende Integration der ukrainischen Streitkräfte in das Bündnis mit den USA statt, bis hin zu gemeinsamen Flottenmanövern im Schwarzen Meer und der Beteiligung ukrainischer Einheiten an der Besetzung des Irak!

Die NATO ist keine Friedensmacht, sondern ein aggressives Militärbündnis, dessen Partner an einer ganzen Kette von Interventionskriegen - von Jugoslawien und Afghanistan bis Syrien – beteiligt sind.

Die Installation neuer US-Mittelstreckenraketen mit Kommandozentrale in Mainz-Kastel schafft nicht mehr Sicherheit, sondern sorgt für weitere Erhöhung der Spannungen in Europa.

Bemerkenswert war der Umgang sowohl der ukrainischen Regierung als auch ihrer Unterstützerstaaten mit dem immerhin durch Beschluss des UN-Sicherheitsrates zu einem bindenden Dokument erklärten Abkommen „Minsk 2“; Frau Merkel kommentierte dessen zunehmende Missachtung nun so: „Es war uns allen klar, dass das ein eingefrorener Konflikt war, dass das Problem nicht gelöst war, aber genau das hat der Ukraine wertvolle Zeit gegeben,“...“ Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht.“ Kein Zweifel: mit massiven Waffenlieferungen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten ist Deutschland Teil des Kriegsgeschehens in der Ukraine geworden.

Auf die Anfrage von Kanzler Scholz bezüglich Munitions-Lieferungen Brasiliens an die Ukraine antwortete Präsident Lula da Silva, Brasilien verstehe sich als „Land des Friedens“ und lehne jede Beteiligung an dem Krieg ab. Statt den Krieg immer nur mit weiteren Waffen zu befeuern, müsse eine Vermittlungsinitiative gestartet werden.

Eine solche Haltung würden wir uns als Friedensbewegung auch von der deutschen Regierung wünschen, und dafür werden wir - in der Zivilgesellschaft - mit Beharrlichkeit weiter arbeiten.

Quelle: <http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ukraine-stoppt-das-toeten-feb-2023/24feb-frankfurt/rede-matthias-jochheim/>

März, Matthias Jochheim als Vorschlag an den Ratschlag attac D

Kriegs-Propaganda dekonstruieren! Projekt:Ökonomie von Militarisierung und Krieg

untersuchen und offenlegen! www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/2303_Attac-Projekt_Kriegs-Propaganda_dekonstruieren_-3.pdf

Aufgabe: wir brauchen so etwas wie eine Pathophysiologie von Rüstung und Krieg, also Erkenntnisse zu deren tieferen Ursachen, zu deren pathologischen Wirkmechanismen, also: ein Verständnis dieser potenziell weltzerstörenden Funktionsstörung des internationalen Zusammenlebens. Dazu gehört unabdingbar auch die Analyse der dazugehörigen Ideologien der Kriegstreiber*innen, und der Möglichkeiten gesellschaftlicher Immunisierung, also Entwicklung wirkungsvoller politisch-sozialer Abwehrkräfte. Ökonomie als Quelle von Gewalt und Krieg: John Heartfield hat es 1932 in einer Bildmontage mit Hyäne auf den drastischen Begriff gebracht: „Krieg und Leichen - Letzte Hoffnung der Reichen“. Nachdem die Nazis – bekanntlich mit Unterstützung wesentlicher Vertreter des deutschen Großkapitals – die Regierungsmacht übernommen hatten, setzten sie - kreditfinanziert - ein massives Aufrüstungsprogramm einerseits für ihre Kriegsvorbereitung in Gang, und andererseits auch als staatlich finanziertes Konjunkturprogramm. „Deficit Spending“ also – ein kredit-finanziertes staatliches Investitionsprogramm könnte man diese Regierungs-Intervention in die Ökonomie nennen – und es scheint, der aktuelle, kreditfinanzierte 100-Milliarden Euro-Fonds der Bundesregierung knüpft an solche Strategien an. Es ist weitgehend unbestritten, dass die tiefe Weltwirtschaftskrise, beginnend 1929, erst mit dem zweiten Weltkrieg endgültig überwunden war.

Der Krieg bedeutete damals nicht zuletzt eine gewaltige Kapitalvernichtung – und damit den Start für einen frischen Akkumulationszyklus - zu welchem ungeheuren Preis!?

Zweifelloos weist die Rüstungsökonomie gegenüber anderen Abteilungen der Volkswirtschaft für die beteiligten Unternehmen attraktive Besonderheiten auf: einziger Abnehmer und Auftrag-geber ist der Staat. Diese Industrie ist in besonderem Maße monopolisiert, und Korruption ist eine durchgängige Begleiterscheinung dieses Wirtschaftszweigs. Es tritt wenig an innerkapitalistischen Reibungsverlusten auf, wie sie etwa bei öffentlichen Investitionen in die Energiewende durch Widerstände der Montanindustrie zu verzeichnen sind. Und die Aufnahme-fähigkeit dieses „Marktes“ scheint schier unerschöpflich – jeder Krieg sorgt für weiteren, tendenziell grenzenlosen Bedarf, wie jetzt schon in der Ukraine auffällt.

In den USA hatte schon Präsident Eisenhower, bekanntlich General und alliierter Oberbefehlshaber im zweiten Weltkrieg, 1959 auf die gesellschaftlich-politische Macht des „militärisch-industriellen Komplex“ warnend hingewiesen –

Zitat: „Die Verbindung eines riesigen Militär-Establishments und einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro...Vor allem in den Gremien unserer Regierung müssen wir uns vor der bewussten oder unbewussten Übernahme unberechtigter Machtbefugnisse durch den Militär-Industrie-Komplex schützen“.*

Heute, mit dem Etat 2023 liegt der Anteil der Rüstungsausgaben am USBundeshaushalt bei rund 50 %, nämlich \$ 816,7 Milliarden für das Defense Department, bei einem Gesamt-Etat von rund 1700 Mrd \$.** Und gegen welche realen Bedrohungen sind diese Ausgaben erforderlich? Kanada und Mexiko, die beiden Nachbar-Staaten, stellen kaum eine Gefahr dar.

Und weder China noch Russland führen Manöver an den US-Grenzen durch. - In der Rangfolge der Rüstungsetats folgt auf Platz 2 die Volksrepublik China, 2023 mit etwa 210 Mrd \$***. Wenn man die Rüstungsausgaben dieser beiden ökonomischen Riesen vergleicht, kommen auf jeden der etwa 338 Millionen US-Bürger Rüstungskosten von 2370 \$, auf jede/n der 1,4 Milliarden Bürger*innen der VR China 293 \$. Auf jeden Deutschen entfallen 674 \$ pro Kopf. Der Rüstungsetat Russlands (Bevölkerung 2023 144 Mill.) liegt laut plausiblen Schätzungen 2023 bei 82,6 Mrd. \$, pro Kopf also 573 \$ ****, - insgesamt in der Größenordnung von 10 % des US-Etats. Einen partiellen Boom konnte die NATO-Aufrüstung bereits ermöglichen: zum Beispiel rückte der Rüstungskonzern Rheinmetall unter die 30 deutschen Unternehmen mit dem höchsten Börsenwert auf, und verdrängte dabei Fresenius, den Hersteller von Dialysegeräten für Nierenkranke.

Zu untersuchen sind weitere Motive der aktuellen Kriege und Kriegsvorbereitungen: privilegierter Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten; Ausschaltung von Konkurrenten mittels gewaltsamer Interventionen, beispielsweise gelegentlich sogar durch Sabotage der Gaszufuhr eines eigenen Alliierten. Zusammengefasst geht es um die politisch-ökonomische und eben auch bewaffnete Durchsetzung geostrategischer Herrschaftskonzepte.

Ein notwendiger Teil solcher Strategien ist die ideologische Verbrämung, Produktion von Legenden über die jeweils eigenen Motive. Die Dekonstruktion der Kriegspropaganda und Analyse der komplexen Tatsachen soll die in diesem Antrag vorgeschlagene Arbeit zum Ziel haben. Hier noch ein kurzer Auszug, aus einem Vortrag des chinesischen Ökonomen Wen Tiejun:

“In den 1930er Jahren führte die industrielle Überschussproduktion zum Zweiten Weltkrieg. Heute stehen wir vor den Herausforderungen und der Gefahr eines dritten Weltkrieges, denn der Finanzkapitalüberschuss stellt eine große Bedrohung für alle entwickelten Länder dar. Diese Krise beschränkt sich nicht auf ein oder zwei Länder, sondern hat globale Ausmaße.“ *****

*zitiert aus: <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5016-das-siebte-fette-jahr-der-welt-ruestungsindustrie>

** <https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/3252968/biden-signsnational-defense-authorization-act-into-law/>

*** <https://www.tagesspiegel.de/internationales/modernisierungsplane-fur-militar-chinaerhoht-verteidigungsetat-deutlich-9455372.html> 25

**** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1287041/umfrage/vergleichverteidigungsbudget-russland-ukraine/>

***** <https://www.youtube.com/watch?v=fZtRUcNjzWs>

März 2023, Sylvia Weiss

Das Beutestück: „Der völkerrechtswidrige Irakkrieg 2003 und seine Folgen“

Der völkerrechtswidrige Irakkrieg für Öl begann vor 20 Jahren, am 20. März 2003. Dieser Angriffskrieg wurde lange vorbereitet und ohne UN Mandat geführt von der „Koalition der Willigen“, unter Anführung der USA und Großbritannien. Es war der erste größere Krieg des 21. Jahrhunderts. Bemerkenswert dabei ist im Nachhinein, dass die Ukraine an dem Krieg teilnahm mit dem sechstgrößten Truppenkontingent und danach auch Besatzungstruppen stellte.

In den Medien wird gemeinhin kolportiert, dass der dritte Golfkrieg mit einer Lüge begann, aber das stimmt so nicht, denn er begann schon im Vorfeld mit vielen Lügen. Der abgedroschene Spruch „Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit“, dem republikanischen US Politiker

Hiram Johnson während des Ersten Weltkrieges zugeschrieben, ist deshalb falsch, denn er impliziert, dass die Vorbereitung eines Krieges nicht unter dieses Diktum fällt. Das heimliche „Hinarbeiten“ auf einen Krieg ist aber das ausschlaggebende Kriterium, welches die Wahrheit untergehen lässt.

In dem Zusammenhang kommt der Frage, ob die USA und Großbritannien „vorsätzlich“ gehandelt haben eine immense Bedeutung zu, denn damit sind sie strafrechtlich zu belangen.

Die Causa Katharine Gun ist hier von Belang. Als Übersetzerin der britischen Regierung leakte sie streng geheime Unterlagen an die britische Presse, die bewiesen, dass US Geheimdienste illegale Methoden anwandten, um Mitgliedsländer der UNO zu erpressen damit sie dem völkerrechtswidrigen Irakkrieg zustimmten. Gun wurde angeklagt, aber im letzten Moment wurde die Anklage ohne Begründung fallengelassen, denn die britische Regierung wäre des Vorsatzes für einen Angriffskrieg überführt worden. (siehe den spannenden Film „Official Secrets“)

Ein weiteres Indiz zeigt auf das PNAC, Project for the New American Century (Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert). Die Herausbildung nach dem Kalten Krieg einer neuen US-Hegemonialpolitik, die Amerika als einzig verbliebene Weltmacht in den Mittelpunkt stellt und die den günstigen Moment nutzen sollte ihre Überlegenheit auszuspielen, wurde vor allem von den einflussreichen Neokonservativen des Thinktanks PNAC vorangetragen. Alle Mittel, die den amerikanischen Interessen dienen, einschließlich militärischer, sollten deshalb erlaubt sein (siehe u.a. Wolfowitz Doktrin). So forderten einige Mitglieder des PNAC 1998 in einem Brief an den damaligen US Präsidenten Clinton einen Angriff auf den Irak und vor allem den Sturz des irakischen Staatschefs Saddam Hussein. Der Brief trägt u.a. die Unterschriften von Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz und Richard Perle.

Ebendiese Personen stiegen mit dem 43. Präsidenten der USA, George W. Bush, 2001 zu höchsten Staatsämtern auf. Dick Cheney wurde Vizepräsident, Donald Rumsfeld Verteidigungsminister, Paul Wolfowitz stellvertretender Verteidigungsminister und Richard Perle Präsidentenberater.

Das reiche Ölland Irak war seit 1990, Einmarsch in Kuwait, unter ein 13 Jahre andauerndes inhumanes Embargo gestellt worden, das hauptsächlich die irakische Zivilbevölkerung traf und über 1,5 Millionen zivile Opfer, darunter über 500.000 tote Kinder, forderte. Ursprünglich war die UN Resolution 661 vom 6. August 1990, die allumfassende Wirtschaftssanktionen verhängte, dazu gedacht, der Resolution 660 vom 2. August 1990, Nachdruck zu verleihen, der den Rückzug des Irak aus Kuwait verlangte. Da in der Resolution keine Befristung der Maßnahmen angegeben waren, waren es der USA und Großbritannien im weiteren Verlauf möglich, jede Aufhebung des Embargos im Sicherheitsrat zu blockieren. In den 13 Jahren des kompletten Embargos bis zum Krieg 2003 wurde in Statements regierender US Politiker das eigentliche Ziel des Embargos klar: „regime change“, Sturz der irakischen Regierung. Zu diesem Zweck wurden immer neue Resolutionen nachgeschoben, wobei den internationalen Waffenkontrolleuren die wichtigste Rolle zukam. Sie vernichteten zwar die vereinbarten Waffenbestände, wie ballistische Raketen mit einer Reichweite von über 150 km, aber angebliche Massenvernichtungswaffen konnten sie nicht finden. Indes machte der ehemalige Leiter der Waffenkontrolleure Rolf Ekeus öffentlich, dass die USA die Waffeninspektionen für eigene Spionagetätigkeiten missbraucht hätten, um Material für den Aufenthaltsort von Saddam Hussein zu suchen (Bericht des Spiegel oder der FAZ im Juli 2002). Das deckte sich mit den Angaben des zu seiner Zeit rigidesten Waffenkontrolleurs Scott Ritter, der nach seinem Rücktritt 1998 enthüllte, dass bei den Überwachungsaktionen der UNO Daten ermittelt wurden, die die USA später für ihre Luftangriffe auf den Irak im Dezember 1998 verwendeten (also kurz nach dem Brief der PNAC Mitglieder an US Präsident Bill Clinton). „Auf Befehl von oben“ habe er mehrere „amerikanische black boxen“ für das Abhören des Funk- und Telefonverkehrs in Großraum Bagdad installieren müssen. (Sieh www.upi-institut.de)

Nach den Terroranschlägen von 11/9 wurde die Bush Doktrin, die National Security Strategy NSS von 2002, die präemptives Handeln der USA empfahl, für den Irak aktiviert. Neben den Anschuldigungen Irak würde den islamistischen Terror unterstützen, legte am 5. Februar 2003 US Außenminister Colin Powell dem UNO Sicherheitsrat Tonbänder, Satellitenaufnahmen und Berichte vor, die beweisen sollten, dass Irak Massenvernichtungswaffen besäße: eine Lüge.

Damit kam auch Deutschland ins Spiel, das sich zwar dem Krieg verweigerte unter Kanzler Gerhard Schröder, aber dessen Geheimdienste bezüglich Iraks immer ganz vorne waren, wenn es um vermeintliche Tatsachen über den Irak ging. Einer der entscheidenden Aussagen auf die sich Powell stützte, waren die Angaben eines irakischen Asylbewerbers in Deutschland, Deckname „Curveball“, den der Bundesnachrichtendienst BND verhört hatte, der sich „Fakten“ zu Iraks angeblichen Massenvernichtungswaffen ausgedacht hatte, besonders die „biologischen Waffenlabore auf Rädern“. „Curveball“ Rafid Ahmed Alwan al Janabi, dessen wirklicher Name später bekannt wurde, bezahlte der BND jahrelang für seine Dienste, auch nachdem lange klar war, dass er gelogen hatte. Er bekam mit Hilfe des BND die deutsche Staatsbürgerschaft.

Paul Wolfowitz hat nach dem Irakkrieg in einem Interview zugegeben, dass die Massenvernichtungswaffen nur ein Mittel waren, um die Öffentlichkeit am leichtesten zu überzeugen; die Entscheidung Saddam Hussein zu stürzen wäre viel früher gefallen.

Die USA haben nach dem Ende des Angriffskrieg auf den Irak ihre Ziele rücksichtslos umgesetzt: das reiche Ölland Irak vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen und durch Militärbasen den Golf zu beherrschen. Die Besatzer zerlegten den irakischen Staat oder das, was von ihm noch übrig war nach den langen Jahren des Embargo und den Kriegsbombardierungen. Aus einer vormals wirtschaftlich aufstrebenden, laizistischen Mittelmacht wurde ein „failed state“. (siehe mein Artikel: „Irak nach 2003, wer profitiert“; www.irakseite.wordpress.com). Durch die Auflösung aller staatlichen Institutionen, dem Zulassen von massiven Plünderungen und Folter, dem Einsatz von ruchlosen Söldnern (Blackwater!) und der späteren Installierung von Personen in der neuen irakischen Regierung, die hauptsächlich aus islamistischen Kreisen rekrutiert wurden, wie aus der zuvor verbotenen Da'wa Partei und dem Hakimclan, wurde das Land weiter ins Chaos gestürzt. Das trug letztendlich zum Aufstieg des Islamischen Staates IS im Irak bei, der nur unter größten Opfern vertrieben werden konnte. Unter Saddam Hussein war sowohl sunitischer als schiitischer Terror mit harter Hand bekämpft worden. Die USA haben im übrigen nach dem Krieg Zehntausende von Waffen an sympathisierende Milizen und neu geschaffene Sicherheitskräfte ausgegeben.

Die Lebensgrundlage von vielen Menschen im Irak wurde durch den Angriffskrieg endgültig zerstört und bis heute nicht wiederhergestellt. Es fehlt an der elementarsten Grundversorgung wie Wasser und Strom, das vormals sehr gute kostenlose Gesundheitswesen ist desolat und die Arbeitslosigkeit extrem hoch. Das führte besonders ab 2019 zu anhaltenden grossen Protesten der Bürger, Tishrinbewegung, gegen die Regierung, Sie protestierten gegen die Einmischung von außen in die irakische Politik (USA und Iran) und gegen das System, von den USA eingeführt, welches die politische Macht nach einem ethnisch-religiösen Schlüssel verteilt. Dieses System führt dazu, dass die Korruption blüht, weil die eigene Gruppe bedient wird. Die Regierung schlug die Proteste blutig nieder: mindestens 600 Zivilisten starben. Hervorgehoben werden muss ebenfalls, dass seit dem amerikanischen Angriffskrieg ein grosser Teil der intellektuellen Elite im Irak getötet wurde.

Das irakische Parlament hat 2020 für den vollständigen Abzug aller US Truppen aus dem Irak gestimmt. Im Januar 2021 gab es den „Millionenmarsch“ in Bagdad, wo Millionen Menschen den Abzug aller ausländischen Truppen erneut forderten. Die USA reagierten mit Drohungen und Sanktionen und Beschlagnahme irakischer Guthaben. Ein Abzug käme nicht in Frage.

Der amerikanische US Marine Edward Chin, der 2003 der Saddam Statue auf dem zentralen Firdos Platz mit einer amerikanischen Flagge den Kopf verhüllte, bevor sie gestürzt wurde, sagt heute kritisch: „Wir haben das Land zurück in die Hände von Radikalen und Aufständischen gegeben“ (Rheinische Post, März 2023)

Der Kriegsherr George W. Bush hat nicht nur das reiche Ölland Irak geplündert, sondern sich auch ein besonderes Beutestück nach Hause geholt. Im George W. Bush Presidential Center, seinem eigenen Museum, ist die Pistole Saddam Husseins - bei seiner Gefangennahme am 13. Dezember 2003 erbeutet - gerahmt und hinter Glas ausgestellt. Der Spiegel schreibt dazu: „In seinem archaischen Gestus erinnert das Zurschaustellen von Saddams Pistole an die vormoderne Präsentation von Insignien des geschlagenen Gegners: Wer den Kopf oder zumindest Schwert und Kriegsstandarte des Feindes erbeutet hat, hat auch seine Macht gebannt.“ (Spiegelartikel „Bring mir die Pistole von Saddam Hussein“ vom 26.4.2013)

Informationen zum Krieg im Irak unter: www.irakseite.wordpress.com

20.03.2023 Zum 20. Jahrestag des US-Angriffes auf den Irak fordert das Netzwerk Friedenskooperative weiterhin die konsequente Aufarbeitung dieses Völkerrechtsverbrechens. (Red)

www.friedenskooperative.de/aktuelles/20-jahre-irak-krieg-egal-wo-egal-von-wem

Februar 2023, Peter Wahl, Mitautor

Stoppt den Krieg

Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen jetzt!

Über die Erklärung:

Unter diesem Titel hat die Initiative Die Waffen nieder eine Erklärung zum Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine veröffentlicht.

Der Text plädiert für eine Waffenruhe und Verhandlungen: „Wirkliche Solidarität mit der Ukraine“ so der Text „bedeutet, sich dafür einzusetzen, dass das Sterben so schnell wie möglich aufhört.“ Waffenlieferungen dagegen werden den Krieg nur verlängern und zu Abertausenden Todesopfer mehr führen. Militärisch steckt Kiew in der Defensive und seine generelle Kriegsführungsfähigkeit schrumpft. Ein Sieg auf dem Schlachtfeld ist Illusion.

Der Charakter des Krieges wird als Amalgam aus zwei Konflikttypen gedeutet: zum einen der Konflikt, der aus dem chaotischen Zerfall der Sowjetunion resultiert, und zum anderen der geopolitische Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem US-geführten Westen. Anhand der Ostexpansion der NATO, die mit der Ukraine als unsinkbarem Flugzeugträger vor Moskaus Haustür gekrönt werden sollte, macht die Erklärung den Westen für den Krieg mitverantwortlich. Sehr kritisch wird die Haltung der Bundesregierung gesehen, die Deutschland de facto zum Kriegsteilnehmer gemacht hat. Auch die Massenmedien verhalten sich wie die typische Heimatfront eines Landes im Kriegszustand.

Auch der Wirtschaftskrieg gegen Russland wird thematisiert. Er verursacht Kollateralschäden für die Weltwirtschaft, die vor den globalen Süden am härtesten treffen. Zugleich aber sind mit der Umstellung auf das im Vergleich zum Erdgas noch klimaschädlichere Flüssiggas und die Rückkehr zur Kohle alle CO2-Reduktionsziel Makulatur.

Die Initiative Die Waffen nieder! war kurz vor dem Krieg mit dem Aufruf „Friedenspolitik statt Kriegshysterie“ an die Öffentlichkeit getreten, der binnen einer Woche über zehntausend Unterschriften erhielt. Initiatoren sind: Reiner Braun (International Peace Bureau), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung), Ralf Krämer (Sozialistische Linke in der Partei Die Linke), Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Christof Ostheimer (Bundesausschuss Friedensratschlag), Peter Wahl (Attac).

Die gesamte Erklärung ist zu lesen unter:

<https://nie-wieder-krieg.org/wp-content/uploads/2023/02/Den-Frieden-gewinnen-nicht-den-Krieg.pdf>

19.03.2023 Peter Wahl

Das Kohlhaas-Syndrom:

Wenn "Waffenstillstand" zum Bäh-Wort wird

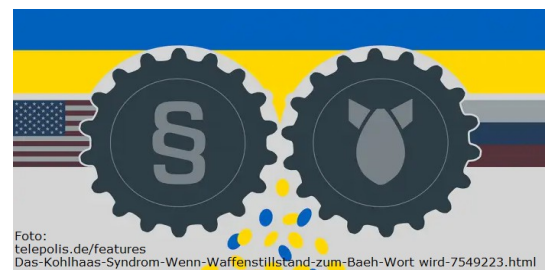
<https://www.telepolis.de/features/Das-Kohlhaas-Syndrom-Wenn-Waffenstillstand-zum-Baeh-Wort-wird-7549223.html>

Zum intellektuellen Betriebssystem des linken Bellizismus – und was die Kleist-Novelle vom bestohlenen Gerechtigkeitsfanatiker damit zu tun hat.

Eine bemerkenswerte Begleiterscheinung des Ukraine-Krieges ist das Einschwenken von Teilen der gesellschaftlichen Linken und selbst einiger Strömungen der Friedensbewegung auf die Befürwortung militärischer Unterstützung für die Kriegsführung der Ukraine sowie die Ablehnung eines Waffenstillstands und von Verhandlungen zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Stattdessen befürworten sie die Fortführung des Krieges bis zur militärischen Absicherung einer starken Verhandlungsposition Kiews, manche sogar bis zur Rückeroberung allen ukrainischen Territoriums von 1992 – also einschließlich der Krim.

Begründet wird dies mit Argumenten wie "Der Angreifer darf nicht belohnt werden" oder "Das



Täter-Opfer-Verhältnis darf nicht umgekehrt werden". Dagegen würden sich alle, die für Verhandlungen plädieren "bestenfalls lächerlich", machen und "im schlimmsten Fall helfen sie der falschen Seite". *1

Oder sie frönen einer "linksreaktionäre(n) 'Friedensliebe' die letztlich in der Kapitulation vor der russischen Expansionspolitik mündet", wie der – demnächst ehemalige – Berliner Kultursenator, Lederer, meinte (taz 23.6.2022).

Wir lassen einmal beiseite, ob Leute wie der Generalstabsschef der USA, Mark Milley, sich lächerlich machen, wenn sie schon im November vergangenen Jahres Verhandlungen empfohlen haben. *2

Ebenfalls beiseite lassen wir triviale Aspekte, die es in solchen Fällen immer gibt – Anpassung an den medialen Konformitätsdruck, der Wunsch wiedergewählt zu werden, oder uninformierte Naivität gegenüber Risiken einer militärischen Eskalation mit Kontrollverlust – und konzentrieren uns auf das Motiv, das unbedingt Respekt verdient, weil es seinen Ursprung in einem emanzipatorischen Impuls hat: die Parteinahme für Gerechtigkeit, Völkerrecht und die Ablehnung militärischer Gewalt.

Denn da der russische Einmarsch nun tatsächlich eine neue Qualität militärischer Gewaltanwendung und ein gravierender Bruch des Völkerrechts darstellt, ist seine Ablehnung aus emanzipatorischer Perspektive moralisch und rechtlich völlig konsequent.

Gerechtigkeit – auch, wenn die Welt untergeht?

Allerdings stellt sich nach mehr als einem Jahr Krieg die Frage, ob moralisch und rechtlich daraus immer noch die Fortführung des Krieges abgeleitet werden kann. Denn inzwischen hat der Krieg einen enormen Preis an Menschenleben, Zerstörung, ökonomischen und politischen Kollateralschäden in der Ukraine und weltweit gefordert.

Und es hat ein Gestaltwandel des Krieges stattgefunden: er ist über den bilateralen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hinaus auch zu einem Stellvertreter- und Weltordnungskrieg zwischen dem Westen und Russland geworden. Das modifiziert auch die moralischen und völkerrechtlichen Koordinaten – die politischen erst recht.

Man kann die Begründung für die Fortsetzung des Krieges daher nicht mehr auf den russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 reduzieren und ihn quasi als singuläres Ereignis verabsolutieren, das monokausal alles Weitere determiniert. Fiat iustitia et pereat mundus, so die passende Maxime für eine solche Haltung: Es soll Gerechtigkeit geschehen, und gehe die Welt darüber zugrunde. *3

In sehr eindringlicher Weise hat Heinrich von Kleist in seiner Novelle Michael Kohlhaas die Anatomie des Problems dargestellt. *4

Dem Pferdehändler Kohlhaas werden auf dem Weg zur Leipziger Messe von einem arroganten Junker willkürlich zwei Pferde weggenommen. Seine gerichtliche Klage wird erst lange verschleppt und dann abgewiesen.

Auch weitere Versuche, zu seinem Recht zu kommen, scheitern. Er entwickelt sich dadurch zu einem regelrechten Fanatiker, ruiniert seine Familie und beginnt mit einer Bande einen Rachefeldzug mit Mord und Brandschatzung. Die Novelle endet damit, dass er schließlich doch noch seine zwei Pferde zurückbekommt, gleichzeitig aber für seine Mordbrennerei zum Tode verurteilt wird.

Die Botschaft ist klar: Die anfangs legitime Verfolgung eines moralisch und juristisch völlig legitimen Anspruchs kann unter bestimmten Umständen in Unmoral und Unrecht umkippen. Für den Ukraine-Krieg heißt das, der gute Zweck, dem Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen, heiligt keineswegs alle Mittel.

Der Preis für die Erreichung des Ziels muss moralisch und rechtlich vertretbar sein. Das ist eine ähnliche Logik wie beim Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im modernen Rechtsstaat: die Polizei darf nicht auf einen Ladendieb schießen, auch wenn der entwischt.

Wem das alles zu weit hergeholt scheint, der sei daran erinnert, dass die Münchener Sicherheitskonferenz in ihrem Security Report 2023 eine Umfrage veröffentlicht hat, wonach 85 Prozent der Ukrainer selbst bei einem Rückzug Russlands auf die Linien vor dem 24. Februar 2022 nicht zu einem Waffenstillstand bereit wären. 89 Prozent würden sogar nach einem russischen Atomschlag weiterkämpfen wollen. *5

Die Zahlen dürften maßlos übertrieben sein, denn die Ukraine bleibt auch im Krieg eine Klassengesellschaft, in der die öffentliche Meinung herrschaftsförmig geprägt wird. Dennoch sind sie Indiz dafür, dass ein fanatischer Heroismus das Land im Griff hat.

Das Friedensgebot der UN-Charta

Auch völkerrechtlich modifiziert nach über einem Jahr Krieg der Zeitfaktor die Situation. Zwar ist richtig, dass die UN-Charta Angriffskriege verbietet. Aber wenn ein Krieg dennoch ausgebrochen ist, gebietet sie:

Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

Der ehem. UN-Diplomat i.R., Michael von der Schulenburg, bringt es treffend auf den Punkt. *6:
Die Verpflichtung zu friedlichen Lösungen von Konflikten besteht nicht nur, um Kriegen vorzubeugen, sondern auch, um Wege aus Kriegen herauszufinden.

Dementsprechend fordert die Resolution der UN-Vollversammlung ES 11/1 vom 2. März 2022, in der 141 der 191 UN-Mitglieder "auf das Schärfste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine" verurteilen, zugleich "die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel."

Außerdem verlangt die Vollversammlung "sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten und in den einschlägigen internationalen Rahmen, einschließlich des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf deren vollständige Durchführung hinzuwirken."

Mit dem Verweis auf das Normandieformat werden neben den unmittelbaren Konfliktparteien Russland und Ukraine auch gezielt Frankreich und Deutschland angesprochen. Doch scheinen jene, die dort so gerne von der regelbasierten Weltordnung reden, damit nur solche Regeln zu meinen, die ihnen in den Kram passen.

Deshalb ignorieren sie auch die erneute Aufforderung der Weltgemeinschaft zu Verhandlungen in der Resolution der UN-Vollversammlung vom Februar 2023, die dazu aufruft diplomatische Anstrengungen für die friedliche Beendigung des Krieges "zu verdoppeln".

Die Minsker Vereinbarung taucht in der neuen Erklärung allerdings nicht mehr auf. Auch in der Uno hat man wohl zur Kenntnis nehmen müssen, dass Angela Merkel und François Hollande, die seinerzeit das Abkommen unterzeichnet hatten, inzwischen enthüllt haben, dass der Vertrag in Wirklichkeit nur ein Trick war, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu schinden.

Wörtlich sagte Merkel der Wochenzeitung **Die Zeit**:

Das Minsker Abkommen 2014 war ein Versuch gewesen, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht. Die Ukraine von 2014/15 ist nicht die Ukraine von heute. Wie man am Kampf um Debaltsevo Anfang 2015 gesehen hat, hätte Putin sie damals leicht überrennen können. Und ich bezweifle sehr, dass die Nato-Staaten damals so viel hätten tun können wie heute, um der Ukraine zu helfen. **Angela Merkel**

Auch gegenüber dem Spiegel sagte sie, ihre Haltung zur Ukraine in den Minsker Friedensgesprächen habe Kiew Zeit verschafft, um die militärischen Fähigkeiten zu verbessern.

Auf einem anderen Blatt steht, dass die Aussage in Moskau zugespitzt worden ist und Putin sagte, Deutschland habe "die Ukraine für Kriegshandlungen vorbereiten wollen". Denn wahr ist auch, dass russische Militärs längst in der Ukraine aktiv waren.

Dennoch hat durch die Äußerungen Merkels und Hollandes die Glaubwürdigkeit Deutschlands und Frankreich schweren Schaden erlitten; die Minsk-Verhandlungen stehen rückblickend per se in einem fragwürdigen Licht.

Vor diesem Hintergrund sind Forderungen der Anti-Verhandlungs-Linken keineswegs mehr moralisch und rechtlich so plausibel, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Der hohe moralische Anspruch verkehrt sich, ganz wie bei Kohlhaas, in sein Gegenteil, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Der Tod der anderen

Seit Beginn des Krieges starben nach Angaben der UNO 8.231 Zivilisten (Stichtag 12.3.2023) durch Kriegseinwirkungen. Die Zahl der gefallenen Soldaten, die auf beiden Seiten geheim gehalten wird, dürfte zusammengenommen um die 200.000 erreichen.

Wer für die Fortsetzung des Krieges plädiert, muss sich fragen lassen, ob er noch einmal 200.000, 300.000 oder gar eine halbe Million Tote in Kauf nimmt, um eine günstige Verhandlungsposition zu erreichen. Abgesehen davon, dass in den Sternen steht, ob ein solches Ziel realistisch überhaupt erreichbar ist. Wer im Gestus des wissenden Realpolitikers Diplomatie für zwecklos erklärt, sollte sich besser mal fragen, wie realistisch die Utopie von substantiellen Erfolgen der Ukraine auf dem Schlachtfeld ist.

Der Krieg hat weitgehend den Charakter eines Stellungs- und Abnutzungskriegs angenommen. Ein militärischer Erfolg der Ukraine ist daher nicht absehbar. Natürlich sind Überraschungen möglich.

Es gehört nun mal zum Wesen von Kriegen, dass sie nur sehr begrenzt planbar sind. Russland hat das selbst bei Kriegsbeginn mit dem Scheitern seiner Blitzkriegsoffensive vor Kiew erlebt. Doch wäre es reines Abenteuerertum, darauf eine Strategie zu gründen und auf Wunder zu hoffen, auch wenn der Glaube an wunderbare Wendungen des Kriegsglücks seinerseits typisch ist für Kriegsparteien – vor allem wenn sie auf die Verliererstraße geraten sind.

Abnutzungskrieg und Kräfteverhältnisse

Eine rationale Strategie für den Stellungskrieg müsste dagegen nüchtern die Ressourcen zur Kriegführung auf beiden Seiten kalkulieren. Das heißt das militärische Material – Waffen, Munition etc. und das Potential der Rüstungsindustrie – menschliche Ressourcen, vor allem die Anzahl kampffähiger Soldaten, sowie die wirtschaftliche Kraft der Kriegsparteien.

Schwer zu kalkulieren aber mit in die Rechnung gehören natürlich politische und psychologische Faktoren, wie Kampfmoral der Truppe und die Moral an der Heimatfront.

Was die Verfügbarkeit von militärischem Material angeht, ist die Situation der Ukraine bereits jetzt prekär. Ihr eigenes Material ist weitgehend erschöpft und die Rüstungsproduktion stark zerstört. Daher die völlige Abhängigkeit vom Ausland.

Aber auch da gibt es zunehmend Beschränkungen, wie die Auseinandersetzung um die Lieferung von Kampfpanzern gezeigt hat – von weitergehenden Forderungen Kiews wie Kampfjets, U-Boote etc. ganz zu schweigen. Denn zum einen ist da das Interesse der USA – und zum Teil bei den Nebendarstellern Scholz und Macron – die Eskalationskontrolle zu behalten.

Zum anderen gibt es auch ganz banale Mengenprobleme bei der Beschaffung und den Kapazitäten der westlichen Rüstungsindustrie, die nicht schnell lösbar sind. Russland hat es da mit seiner weitgehend staatlichen Rüstungsproduktion einfacher.

Noch schwieriger sind die Ausgangsbedingungen bei den Humanressourcen. Hatte die Ukraine beim Zusammenbruch der Sowjetunion 1992 noch 52 Millionen Einwohner, so waren es einer Volkszählung von 2019 zufolge nur noch 37,3 Millionen.⁷ Ein Rückgang um 14,7 Millionen, bzw. 28 Prozent. ^{*7}

Dabei sind die Fluchtbewegungen nach Russland und in den Westen seit Kriegsbeginn noch nicht erfasst. Militärstrategen rechnen dann – schematisch vereinfacht – folgendermaßen: die Hälfte der 37 Millionen sind Frauen, die (mit Ausnahmen) nicht eingezogen werden; sieben Millionen sind zu jung oder zu alt fürs Militär; acht Millionen sind unentbehrlich in der Wirtschaft und anderen zivilen Sektoren, also Ingenieure, Facharbeiter, Ärzte, Lokführer, Buchhalter, Lehrer, Bäcker, Landwirte etc. Von den übrigen im wehrfähigen Alter sind 500.000 untauglich oder ins Ausland geflüchtet, sodass gerade noch 2,5 Million Mann übrigbleiben, die kriegsverwendungsfähig sind.

Wenn man jetzt die parallele Rechnung für Russland mit seinen ca. 145 Millionen Einwohnern aufmacht, muss man keine Militärakademie absolviert haben, um zu sehen, wer hier den längeren Atem hätte, wenn es darauf ankommt.

Auch ökonomisch stehen die Kräfteverhältnisse für die Ukraine nicht günstig. Zwar schrumpfte die russische Wirtschaft 2022 infolge der historisch beispiellosen Sanktionspolitik um drei Prozent, die der Ukraine aber um dreißig Prozent. Den IWF-Prognosen zufolge soll die russische Wirtschaft 2023 um 0,3 Prozent und 2024 um 2,1 Prozent wachsen, sogar stärker als die deutsche (0,1 Prozent und 1,4 Prozent). ^{*1}

Aber selbst wenn die Sanktionen in Russland längerfristig Schäden anrichten und eine Substitution nicht oder nur teilweise gelingen sollte, wäre die Ukraine längst das, was die deutsche Außenministerin Russland an den Hals gewünscht hat: ruiniert.-

Hier liegt auch der Schwachpunkt des Kriegsziels der USA und ihrer europäischen Gefolgschaft, nämlich Russland als geopolitischen Rivalen zu schwächen. Denn ein Stellvertreterkrieg funktioniert nur so lange, wie der Stellvertreter zur Kriegsführung in der Lage ist. Deshalb sollte jeder, der Solidarität mit der Ukraine ernst nimmt, sich dafür einsetzen, dass das Schießen lieber heute als morgen aufhört. Die Zeit arbeitet nicht für die Ukraine. Da geht es ihr wie Michael Kohlhaas.

Fußnoten:

*1 - So Ludger Volmer, ehem. Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Joschka Fischer, in der Berliner Zeitung, 15.3.23

*2 - [Press conference of Secretary of Defense Lloyd J. Austin III, Chairman of the Joint Chiefs of Staff Army Gen. Mark A. Milley](#). Nov. 16, 2022.

*3 - Der lateinische Spruch ist erstmals von Papst Hadrian V. in einem Rechtsstreit im 15. Jhd. überliefert.

*4 - Kostenloser Download der Novelle unter: <http://www.kleist.org/index.php/downloads-u-a-werke-im-volltext/2-erzaehlungen>

*5 - [Munich Security Report 2023](#). Re:vision. Figure 1.17/1.18.

*6 - Michael von der Schulenburg. [Der Ukraine-Krieg und unsere Verpflichtung zum Frieden](#). In: Makroskop, 18. Februar 2023.

*7 - Sébastien Gobert. [Volkszählung in der Ukraine: demografischer Niedergang unvermeidlich?](#) in: Ukraine verstehen. Zentrum Liberale Moderne, 19. Feb. 2020.

16.03.2023, Martina Jäger

Die Kirche in Zeiten des Krieges

Sammlung, Zusammenfassungen mit Kommentar

Die traditionelle Verbundenheit zwischen Kirche und Militär

26.01.2023 Der Bischof, die Soldaten, die Tugend der Tapferkeit
Die DFG-VK und ATTAC Würzburg informierten und kritisierten am 26.01. in der Einleitung zu einer pazifistischen Veranstaltung die am gleichen Tag stattgefundenen und umstrittenen Predigt von

Bischof Dr. Franz Jung im Würzburger Kiliansdom. Der Anlass der Predigt war der katholische Weltfriedenstag. Bischof Jung lobte vor über 450 Soldat*Innen die Tugend der Tapferkeit und Tradition. Bischof Jung setzte Zeichen: „Die Tapferkeit ist in dieser Welt notwendig, weil sich das Gute erfahrungsgemäß nicht einfach von selbst durchsetzt“, „Tapferkeit erwächst aus gerechtem Zorn“ und „Tapferkeit nimmt Maß an Jesu Kampf und Sieg über die Sünde der Welt“. Auch das Ehrenkreuz der Bundeswehr wird vergeben an tapfere Soldaten. Viele Kriegerdenkmäler des 1 und 2. Weltkrieges ehren die Tapferkeit des Soldatentums. Die Tapferkeitsbezeugungen machen Propaganda für eine herrschende, interessengebundene und eigennützige Weltanschauung mit einseitiger Moralvorstellung.

Dass jede Art von Krieg ein Verbrechen sein könnte, das kommt den Bischof nicht in den Sinn. Bischof Jung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Soldaten für den Krieg zu stärken.

Eine pazifistisch-christliche Alternative - zu dieser bigotten Jung-Tapferkeitspredigt - findet sich in der Bergpredigt wieder und wirbt um gewaltfreie Wege zum Frieden: Es gilt Menschenleben zu retten, Feindbilder abzubauen, bellizistische Einflüsse und Zusammenarbeit mit dem Militär abzulehnen. Wenn es nach der Maxime pazifistischer Forderungen ginge, gäbe es kein Militär und keine Kriege.

Bischof Jung erwähnt nicht den Mut und die Verzweiflung jener ukrainischer und russischer Soldaten, Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Pazifisten, die den Krieg ablehnen. Sie werden in ihren Ländern verfolgt, weil in Kriegszeiten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht zählt. Der Schutz durch das Asyl ist in Deutschland eine Frage der Einzelfallentscheidung und es ist schwierig Asyl zu erhalten. Kirchenasyl bietet Schutz für grundlegende Menschenrechte und rettet Menschenleben.

Links – Quellen und Informationen

<https://pow.bistum-wuerzburg.de/aktuelle-meldungen/detailansicht/ansicht/jesus-ist-der-exemplarische-tapfere-mensch>

<https://www.bundeswehr.de/de/betreuung-fuersorge/militaerseelsorge/katholische-militaerseelsorge/auftrag-und-angebote/weltfriedenstage/weltfriedenstag-in-wuerzburg-5583744>

<https://www.militaerseelsorge-abschaffen.de>



03.2.2023 - Friedensaktivist mit Protestaktion „Der tapfere Soldat und der Bischof“ in Würzburg

Gegen die bischöfliche Predigt vom 26.01.23 protestierte auch der Kriegsgegner und Friedensaktivist Johannes Heibel. Von Rheinland-Pfalz ist er nach Würzburg gefahren, weil die Rede von Bischof Jung für ihn unerträglich war. Mit einer Parodie als Protestaktion antwortete er und stand vor dem Würzburger Bischofshaus und vor dem Dom. Heibel spielte einen Soldaten, ein Patrioten, der von der Predigt des Bischofs „begeistert“ war. Bischof Jung hat unerwartet den „tapferen Soldaten“ begrüßt, der das Schild trug „Für einen solchen Bischof wie Sie zu sterben, dafür lohnt es sich zu leben“.

Die Würzburger Tageszeitung war vor Ort und fand diese Aktion erwähnenswert, im Gegensatz zu den anderen inhaltlich wichtigen, gehaltvollen Veranstaltungen der Würzburger Friedensinitiativen (attac, dfg-vk, ökopax usw.)

Johannes Heibels Motivation zur Aufführung hat mit seinem Vater zu tun: Erwin Heibel, ein Pazifist aus dem Westerwald in Rheinland-Pfalz, der zeitlebens seine Haltung gegen den Krieg anhand eigener Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg deutlich machte. Mit einem Mahnmal auf dem Grab seines Vaters setzte Johannes Heibel ein Zeichen mit der Botschaft seines Vaters, die Menschen von der Unsinnigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen zu überzeugen. Die 100 Milliarden der Bundesregierung für eine Aufrüstung, so Johannes Heibel, sollen lieber für friedensbringende Maßnahmen bzw. Prozesse verwendet werden.

Links:

Video „tapferer Soldat“

<https://www.youtube.com/watch?v=2Ec2EEAbxT0>

Main-Post Artikel zur Aktion

<https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/tapferkeit-als-tugend-warum-friedensaktivist-johannes-heibel-in-soldatenuniform-bischof-jung-provozieren-will-art-11032228>

Hintergrund zur Aufführung

<https://wuerzburg.dfg-vk.de/wp-content/uploads/sites/17/2023/03/Zum-Hintergrund-Aktion-tapferer-Soldat-3.2.2023-1.pdf>

Bischof Jung begrüßt Johannes Heibel

<https://wuerzburg.dfg-vk.de/wp-content/uploads/sites/17/2023/03/Bischof-Dr.-Franz-Jung-begruessst-seinen-tapferen-Soldaten-3.2.2023-2.pdf>

Suttner-Preis Vorschlag 2006: Erwin Heibel:

http://2008.suttnerpreis.de/einr_03jheibel.htm



22.02.2023 - Der Papst ruft auf zu Verhandlungen, setzt auf Diplomatie "Im Krieg gibt es keinen Sieg"

Der Papst setzt sich zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine für Verhandlungen und Diplomatie ein. Er weist auf die Gefahr für den Frieden auf der Welt hin, aufgrund mangelnder Bereitschaft zum Dialog. Er tritt ein für die Beendigung des Konfliktes und stellt die Frage, ob wirklich alles getan worden sei, um den Krieg zu beenden. Er appellierte an die Verantwortlichen der Nationen, sich für ein Ende des Konflikts einzusetzen, einen Waffenstillstand zu erreichen und Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Der vatikanische Außenminister Paul Gallagher hat die Position des Papstes zum Ukraine-Krieg unterstrichen und wirbt für die Haltung des Papstes im Ukraine-Krieg und die Bemühungen des Vatikans als Vermittler.

Links:

Papst zum Jahrestag des russischen Angriffskrieg / seine Haltung zum Krieg / Frieden durch Diplomatie

<https://www.domradio.de/artikel/gallagher-wirbt-fuer-haltung-des-papstes-im-ukraine-krieg>

<https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2023-01/wortlaut-diplomaten-politik-frieden-papst-franziskus-krieg-rede.html>

27.02.2023 - Deutsche Bischofskonferenz unterstützt Waffenlieferungen an Ukraine - Pazifistische Kräfte in der Kirche setzten auf Verhandlungen und Diplomatie

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Georg Bätzing, hat die Unterstützung der katholischen Bischöfe für Waffenlieferungen an die Ukraine bekräftigt.

Bätzing sagte zum Beginn der Frühjahrs-Vollversammlung der katholischen Bischöfe in Dresden, die Bischofskonferenz unterstütze das Selbstverteidigungsrecht des von Russland überfallenen Landes. Erfreulich ist, dass die ökumenische Kirche in Deutschland pazifistische Persönlichkeiten und Gruppen hat. Sie wollen Friedensfragen stärker in die Gesellschaft einbinden und haben u.a. Konzepte wie „Sicherheit neu denken“ entwickelt. Für sie ist die Friedensarbeit eine wichtige Kernaufgabe der Kirche. Pax Christi International ruft eindringlich dazu auf, sofort diplomatische Initiativen zur Wiederherstellung der internationalen Ordnung und der territorialen Integrität der Ukraine zu schaffen. Sie appellieren an Russland und die Ukraine, unverzüglich, auf neutralem Boden und mit einem für beide Seiten akzeptablen Vermittler in Verhandlungen zu treten.

Links:

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/bischofskonferenz-dresden-waffenlieferungen-100~amp.html>

<https://www.evangelische-friedensarbeit.de>

<https://www.paxchristi-wuerzburg.de/?view=article&id=268:zum-jahrestag-des-krieges-gegen-die-ukraine-erklaerung-von-pax-christi-international&catid=11>

<https://www.sicherheitneudenken.de>

5. - 11. Juni: Kirchentag in Nürnberg Text nachbearbeitet am 30.03.23

22.02.23: www.kirchentag.de/service/aktuelles/maerz-22/erklarung-des-praesidiumsvorstandes

Erklärung: Die Mitglieder des Präsidiumsvorstandes, Thomas de Maizière, Anja Siegesmund und Torsten Zugehör erklärten vor einem Jahr - aus dem Text: „Der Einsatz für nachhaltigen Frieden kann schmerzhaft sein. Die von Deutschland, der Europäischen Union und anderen Partnern beschlossenen Sanktionen werden nicht nur Russland hart treffen, sondern sich direkt oder indirekt auch auf unseren Alltag auswirken. Diese Einschränkungen sind gerechtfertigt.“

Ein Jahr danach, die Sanktionen haben nicht gegriffen. Sie hatten nicht die Fähigkeit die russische Kriegsführung unmittelbar zu beeinträchtigen. Sie verursachen unverhältnismäßige und unabsehbare Kollateralschäden aufseiten der Zivilbevölkerung (bundes-, europa- und weltweit). Profitieren tun eine handvoll multinationaler Energiekonzerne sowie Oligarchen aus Kadar, USA und anderswo.

Auf dem Kirchentag 2023 wird die Bundeswehr, mit militärischer Seelsorge einen Informationsstand haben und auch Kultur- und Kinderprogramm bestreiten: Oh, wie schön ist doch die Bundeswehr: Feldküche, Feldpostamt und musikalische Unterhaltung werben für das Töten und Sterben. Ein Friedensgottesdienst findet statt: „Es liegt in unseren Händen! Gemeinsam können wir Frieden schaffen.“ Das hört sich gut an, am Besten wäre es doch für den Frieden, die Bundeswehr abzuschaffen! Ein Workshop einer Militärfarrerin hat den Titel „Mit Kindern über Krieg reden.“ Tretet aus dem Militärdienst aus und helft als ZivilistInnen!

www.bundeswehr.de/de/betreuung-fuersorge/militaerseelsorge/evangelische-militaerseelsorge/unser-angebot/kirchentag/kirchentag-2023

Auf der anderen Seite – und das ist begrüßenswert ...

24.02.2023 Professorin Dr. Dr. Margot Käßmann, Pazifistin, spricht sich aus gegen Waffenexporte

frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, hält Waffenlieferungen für falsch und setzt sich für Verhandlungslösungen im Ukraine-Krieg ein. Ein Ende des Krieges würde nicht durch Waffenlieferungen und Hochrüstung erreicht werden.

<https://www.domradio.de/artikel/kaessmann-haelt-waffenlieferungen-die-ukraine-fuer-falsch>

Christ und Pazifist: <https://www.evangelisch.de/audios/204165/03-08-2022/pazifismus-ist-eine-lebenshaltung>

Hinweis auf eine christliche Kampagne: KIRCHE UND MILITÄR - die Zusammenarbeit beenden!

www.militaerseelsorge-abschaffen.de/erklarung - Thesen wurden von Christ*innen verfasst, die im Internationalen Versöhnungsbund oder / und in der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) aktiv sind. Am 14.08.2014 und am 30.10.2017 wurden diese Thesen an die Schlosskirche zu Wittenberg geheftet.

Kirche für den Frieden: Kirchenorganisationen haben bereits in Konflikten erfolgreich vermittelt, helfen Menschen in Not, sind präsent in Kriegsgebieten und arbeiten durchaus mit pazifistischen Vorstellungen. Das existenzielle Recht auf Leben, sein Erhalt und Schutz ist oberstes Gebot. Es geht diesen Gläubigen dann nicht um die Unterstützung von Ideologien, Wertevorstellungen, Hegemonien und machtpolitische Interessen von Staaten und Herrschenden.

Der neue Drohnenkrieg im Aus- und Inland

Daten sammeln, schützen, zur "Not" töten? -

Veröffentlichung: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/2-2023-soziale-verteidigung>

Ein Überblick über den Stand der Planungen für große Aufklärungs- und Kampfdrohnen der Bundeswehr zeigt, dass es noch viele Möglichkeiten gibt, dieses zentrale Rüstungsprojekt der Bundesregierung wirksam zu kritisieren.

Bereits am 26. Oktober 2021, vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine, setzte die ukrainische Regierung die türkischen MALE (1) Aufklärungs- und Kampfdrohnen Bayraktar TB2 gegen die prorussischen Rebellen im Osten des Landes ein.

Die TB 2 sind mit Zielerfassungssystemen einer südafrikanischen Tochterfirma des bayrischen Rüstungskonzerns Hensoldt, seit 2017 ein Ableger von Airbus (2), sowie mit weiteren Technologien von anderen deutschen Rüstungsunternehmen ausgestattet. (3)

Mindestens 24 Ländern, darunter Albanien, Aserbaidschan, Äthiopien, Katar, Marokko, Pakistan, Polen, Tunesien, Turkmenistan, West Libyen, Äthiopien und Saudi-Arabien, haben nach Angaben der Hersteller die TB 2 gekauft. Die türkische Regierung setzt die Bayraktar TB 2 seit langem völkerrechtswidrig gegen kurdische Oppositionellen in der Türkei, aber auch in Syrien und im Irak ein. (4)

Der Völkerrechtsexperte Andreas Schüller von der Berliner NGO European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) sagt: „Es besteht natürlich das Dilemma, dass Deutschland auf der einen Seite eine Befriedung des Konflikts in der Ukraine möchte, auf der anderen Seite aber gerade durch diese Drohnen eine Gewaltspirale droht, fortgesetzt zu werden.“ (5)

Verlängerte Drohnen-Debatte nach einem Bundestag-Beschluss 2022

Im Aufrüstungsrausch nach dem völkerrechtswidrigen Angriff von Russland gegen die Ukraine bewilligte der Haushaltsausschuss des Bundestags am 06. April 2022 die Beschaffung von Präzisionsraketen aus Israel, die 2024 an die Bundeswehr für die Heron TP Drohnen geliefert werden sollen. Die endgültige Zustimmung zum Einsatz der bewaffneten Heron TP durch die Bundeswehr hat der Haushaltsausschuss am 06. April jedoch an die Erfüllung strenger Auflagen geknüpft. (6)

Hier gibt es viel zu diskutieren: Zum Beispiel kann die Erfüllung der Bedingung Nr. 5, „verbindliche Einsatzgrundsätze für bewaffnete Drohnen“ festzulegen, aufgrund der üblichen Intransparenz von tödlichen Drohneinsätzen kaum für alle möglichen tödlichen Drohnenmodelle in allen zukünftigen Einsatzszenarien unter verschiedenen Bundesregierungen „verbindlich“ beschlossen werden.

Im Koalitionsvertrag 2017 wurden die deutschen Heron TP-Drohnen als „Zwischenlösung“ für die geplante Eurodrohne bezeichnet - ein Projekt von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien mit Airbus als Hauptauftragnehmer. Nun sollen bis 2029 rund zwanzig Eurodrohnen an die Bundeswehr geliefert werden. (7) Über ihre mögliche Bewaffnung wurde noch nicht beschlossen.

Kein passender Auslandseinsatz

Bis vor kurzem war geplant, im Jahr 2025 bewaffnete Heron TP-Drohnen zum Schutz der Soldat*innen in Mali einzusetzen. Seit Oktober 2022 hat die malische Regierung jedoch immer wieder Flüge der Heron 1 und anderer Aufklärungsdrohnen der Bundeswehr über Mali für längere Zeiträume gestoppt und sich zuletzt bei der UNO über Souveränitätsverletzungen bei der UN-Mission MINUSMA beschwert.

Die Bundeswehr habe ihre Aufklärungsdaten entgegen einer Vereinbarung nicht transparent mit der malischen Regierung geteilt, heißt es in der Beschwerde. Die malische Regierung kündigte an, weiterhin mit russischen Militärberatern zu kooperieren und das Angebot der chinesischen Regierung anzunehmen, alle weiteren Drohnenaufklärungen in Mali zu übernehmen. (8)

Heron-TP-Drohnen für die Landesverteidigung?

Mit Blick auf den eskalierenden Krieg will die Bundeswehr eine rechtliche Grundlage für die Genehmigung von Flügen der German Heron TP Drohnen im zivilen deutschen Luftraum bewirken, um sie künftig für die Landes- und Bündnisverteidigung nutzen zu können.

Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums sagte der Süddeutschen Zeitung, dass Drohnen bei der Landes- und Bündnisverteidigung „vergleichbar“ verwendet werden könnten wie im Auslandseinsatz, nämlich „für den Schutz der eigenen Kräfte“. (9)

Als erster Schritt erhielten Airbus und IAI am 8. Dezember 2022 auf dem israelischen Luftwaffenstützpunkt Tel Nof eine Abschrift des neuen Musterzertifikats für die deutsche Heron TP des Luftfahrt Bundesamtes. Nach Angaben der Bundeswehr ist diese Drohne „eines der ersten unbemannten Luftfahrzeugsysteme, das nach dem aktuellsten international anerkannten militärischen Lufttüchtigkeitsstandard zugelassen wurden. Dadurch kann dessen Zulassung grundsätzlich in allen NATO-Staaten anerkannt werden.“ (10)

Infolge der Musterzulassung dürfen Bundeswehr-Drohnenpilot*innen in der zweiten Jahreshälfte 2023 für sechs Monate in einem separaten Flugkorridor über dem Fliegerhorst Jagel in Schleswig-Holstein begrenzte Demonstrationsflüge mit der noch unbewaffneten Heron TP durchführen. Derzeit üben Bundeswehrsoldat*innen der Einheit „Immelmann“ in Jagel den Einsatz der unbewaffneten deutschen Heron TP als Aufklärungsdrohne im Containerdorf „Red Baron“ auf Tel Nof. (11)

Für eine Gesetzesänderung, die eine Zulassung für den zivilen Luftraum ermöglicht, wäre vermutlich der Verkehrsausschuss des Bundestages zuständig. Um die Integration von unbemannten Luftfahrzeugen in den zivilen Luftraum zu ermöglichen, stellt das bayerische Unternehmen Hensoldt ein Radarsystem her, mit dem Drohnen eine drohende Kollision erkennen können. (12)

Israel, Frankreich, Großbritannien und die USA haben in den letzten paar Jahren Test-Flüge mit militärischen Drohnen in zivilem Luftraum, auch mit Landungen auf zivilen Flughäfen, durchgeführt. Im Jahr 2020, während der landesweiten Black Lives Matter-Proteste nach dem Mord an George Floyd, wurden US-amerikanische Predator-„Killerdrohnen“ - vermutlich unbewaffnet - bei Aufklärungsflügen in den USA gesichtet. US-Kongress-Abgeordneten der Democratic Party (13) und die NGO American Civil Liberties Union (ACLU) (14) haben zusammen mit anderen gegen diese Drohnen-Flüge protestiert.

Vermutlich werden auch die Menschen in Deutschland den deutschen Politiker*innen auch Fragen stellen wollen, ob oder unter welchen Bedingungen Bundeswehr-Drohnen zur Landesverteidigung im deutschen zivilen Luftraum herumfliegen sollen: Fragen zum Beispiel zum Datenschutz oder zur Anfälligkeit für Kollisionen mit zivilen Flugzeugen, oder unter welchen Umständen solche Bundeswehdrohnen bewaffnet sein könnten.

Anmerkungen

1 "medium-altitude long-endurance" („mittlere Höhe - lange Ausdauer“)

2 <https://en.wikipedia.org/wiki/Hensoldt>

3 <https://netzpolitik.org/2022/kooperation-mit-ukraine-tuerkei-wird-weltweite-drohnenmacht/>

4 ibid

5 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kampfdrohnen-tuerkei-hensoldt-100.html>

6 <https://augengeradeaus.net/2022/04/parlamentarier-billigen-drohnen-bewaffnung-fuer-die-bundeswehr-unter-strengen-auflagen/>

7 <https://www.bmvg.de/de/eurodrohne-europaeisches-ruestungsprojekt>

8 <https://augengeradeaus.net/2023/01/merkmale-mali-keine-daten-keine-drohnen/>

9 <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-drohnen-einsatz-deutschland-1.5673035>

10 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/das-luftfahrtamt-der-bundeswehr/aktuelle-meldungen/musterzulassung-fuer-german-heron-tp-drohne-5538636>

11 <https://www.dbwv.de/ticker-zurueck-zur-startseite/bundeswehr-will-neue-drohne-heron-tp-in-schleswig-holstein-erproben>

12 <https://netzpolitik.org/2021/zivile-und-militaerische-nutzung-ruestungskonzern-erprobt-ausweichsystem-fuer-drohnen/>

13 <https://www.nytimes.com/2020/06/19/us/politics/george-floyd-protests-surveillance.html>

14 <https://www.aclu.org/news/national-security/protests-aerial-surveillance-and-police-defunding>

Attac BAG GuK unterstützt den Brief an Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock

anlässlich der zunehmenden Gewalt gegenüber Palästinensern

Veröffentlicht am 16. März 2023 / <https://www.kopi-online.de/wordpress/?p=5272>

Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz, Frau Außenministerin Baerbock

Betreff: zunehmende Gewalt in Israel/besetzte Gebiete gegenüber Palästinensern, befeuert durch die neue rechtsradikale Regierung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Außenministerin,
Sie haben sicher von dem Pogrom israelischer Siedler gegen den palästinensischen Ort Huwara gehört, bei dem viele Häuser und Autos verbrannt wurden und ein Mensch zu Tode kam. Dies war möglich, weil die israelische Armee und Polizei nicht rechtzeitig und effektiv eingriff, obwohl der Angriff der Siedler erwartet worden war.

Dieser von einem israelischen Offizier ‚Pogrom‘ genannte Angriff ist der traurige Höhepunkt einer Serie von Gewalt, die bisher zu vielen Toten auf beiden Seiten geführt hat und deren Ursprung in der permanenten jahrelangen Unterdrückung der Palästinenser liegt und in der Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch Israel. Dies ist auch möglich, weil die USA im Sicherheitsrat immer ihr Veto gegen Beschlüsse eingelegt haben, die Israel verurteilen und zum Umlenken auffordern, und weil Deutschland und die EU dem gefolgt sind und somit eine Mitverantwortung dafür haben, dass Israel seit 1967 de facto jahrelang ungestört völkerrechtswidrige Siedlungen errichten konnte, dass seitdem tausende palästinensische Häuser und andere Gebäude abgerissen worden sind, dass die Landenteignungen weitergehen und 800.000 Olivenbäume zerstört wurden – um nur einige Fakten zu nennen. B'tselem oder Amnesty International haben das alles ausführlich dokumentiert.

Die jetzige rechtsextreme Regierung lehnt nicht nur die 2-Staaten-Lösung ab – genauso wie alle Likud-Koalitionen – sondern hat aufgrund der Macht der Siedlerparteien die Annexion von Teilen der Westbank im Programm, die mit einer Vertreibung der Palästinenser einhergeht. Prominente Mitglieder der rechtsextremen israelischen Regierung haben die Gewalt der Siedler gegen die Palästinenser legitimiert und sich offen dazu bekannt, noch mehr palästinensisches Land zu erobern. Bezalel Smotrich, Israels Finanzminister, erklärte unumwunden, dass „das Dorf Huwara ausgelöscht werden muss“, und der Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, stimmte dem zu.

Die Genfer Konventionen sind eindeutig: Siedlungen sind illegal und als Besatzungsmacht hat Israel die Pflicht, die Menschen unter der Besatzung zu schützen. Trotzdem sind die Palästinenser seit Jahrzehnten Opfer der israelischen Staatsgewalt. Es gibt keinen Schutz für das Leben und die Lebensgrundlagen der Palästinenser.

Drittstaaten, also auch Deutschland sind verpflichtet, in Fällen schwerer Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts einzugreifen. Jahrzehntelange Untätigkeit, die zumindest eine stillschweigende Billigung dieser Verstöße darstellt, hat Israel ermöglicht, weiterhin Siedlungen zu bauen, massenhaft Palästinenser zu inhaftieren, und jeden Widerstand mit exzessiver Gewalt zu unterdrücken.

Es ist mehr als an der Zeit, diese Straffreiheit zu beenden und Israel zur Rechenschaft zu ziehen, wie es die internationalen Vereinbarungen erfordern.

Konkrete Maßnahmen, einschließlich rechtmäßiger Sanktionen, sind die einzige Möglichkeit, Israel zur Einhaltung des Völkerrechts, zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und zur Gewährleistung des Schutzes der Palästinenser zu zwingen.

Solche Maßnahmen sollten ein beidseitiges Militärembargo, Reiseverbote für diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen verantwortlich sind (z. B. Staatsbeamte und Siedler), ein Verbot des Handels mit illegalen Siedlungen, die Beendigung von Kooperationsabkommen in allen Bereichen (einschließlich Polizei, Handel, Überwachung und Nachrichtendienst, Gasbeschaffung, gemeinsame wissenschaftliche Projekte), die Unterlassung gemeinsamer Kabinettsitzungen mit verurteilten Rechtsradikalen und Volksverhetzern, und die aktive Unterstützung der Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs umfassen.

Mit freundlichen Grüßen,

Claus Walischewski, Koordinationskreis Israel Palästina

Attac Gruppen - Krieg ist kein Mittel zur Lösung von Konflikten

Krieg und Gewalt widersprechen dem Selbstverständnis von Attac, das sich für eine friedliche Gestaltung der Globalisierung einsetzt. Die Arbeitsgruppe "Globalisierung und Krieg" versteht sich als Netzwerk für Aktivisten und regionale Gruppen, die sich kritisch mit dem Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg befassen, Aufklärung über Kriegsursachen betreiben,

auf Auswirkungen aufmerksam machen, politische Lösungen vorschlagen, sowie Aktionen initiieren und organisieren - zur Abwehr von Krieg und Gewalt. Wer sich für die Mitarbeit in der AG interessiert und sich auf irgendeine Weise nützlich machen möchte, kann sich über Email melden: globalisierung-und-krieg@posteo.de

Attac Aschaffenburg: Vorträge, Orga und Unterstützung von Demos und Mahnmachen, Ostermarsch 2023 <https://www.attac-aschaffenburg.de>

Attac Berlin GuK: Mahnwachen: Julian Assange, Atomwaffen, Vorträge, Ostermarsch 23 <https://attacberlin.de/>

Attac Bonn: ruft auf zum Ostermarsch 2023

Attac Halle: Ostermarsch 2023 <https://www.attac-netzwerk.de/halle/> / <https://www.attac-netzwerk.de/halle/radio-attac/sendungen-2023-zum-nachhoeren>

Attac Hamburg: Position Ukraine <https://attac.hamburg/wp-content/uploads/2023/03/Newsletter-3-2023.pdf>

Attac Saarland: Teilnahme an Demos und Mahnwachen, Ostermarsch 23

Attac Kassel: Teilnahme an Friedensdemos und Mahnwachen, attac-Radio-Kassel, Flyer www.attac-netzwerk.de/kassel/attac-radio-kassel

Attac Leipzig: Friedensaktionen, Demos, Friedenspositionen, Filmvorführungen,... <http://www.attac-leipzig.de>

Attac Mainz: ruft auf zum Ostermarsch 2023

Attac Mannheim: <https://www.attac-netzwerk.de/mannheim>

Attac München: [attac Palaver Februar 23](#)

Attac Gütersloh: ruft auf zum Ostermarsch (siehe Bielefelder Friedensini)

Attac Untere Saar: Teilnahme an Friedensveranstaltungen, Veröffentlichungen, Ostermarsch www.attac-netzwerk.de/untere-saar

Attac Würzburg GuK: (Mit-)Veranstalter vom Ostermarsch Wü, Vorträgen / Video- und Textdokumentationen / Veröffentlichungen, Redebeiträge, Zusammenarbeit mit regionalen und bayernweiten Friedensinitiativen: <https://www.attac-netzwerk.de/wuerzburg/globalisierungkrieg>

Attac GuK: Aufruf, Unterstützer: ANTI-SIKO-Demo München 2023 www.antisiko.de/archiv/protest-2023/#unterstuetzer (Attac BAG Globalisierung und Krieg, Bundesarbeitsgemeinschaft • Attac, Regionalgruppe Dresden • Attac, Regionalgruppe München • Attac, Regionalgruppe Untere Saar • Attac Regionalgruppe Würzburg), Online-Veranstaltungen, Erklärungen, Ostermarschaufruf u.a. www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg

Attac D: Kampagne Ukraine www.attac.de/kampagnen/ukraine



Kurze Zusammenfassung und informative Links – Martina Jäger

Der völkerrechtswidrige NATO-Kosovokrieg (Jugoslawien) 24. März '99:

Vom 24. März bis 10. Juni 1999 führten Länder der NATO einen völkerrechtswidrigen Krieg mit Bombardierungen im Kosovo. Das wurde bezeichnet als militärische NATO-Operation "Operation Allied Forcleder". Hauptsächlich war das ein von den Vereinigten Staaten geführter NATO-Krieg mit Beteiligung Deutschlands und anderer NATO-Staaten. Ein ausdrückliches UN-Mandat gab es nicht. Dieser Krieg wurde bezeichnet als «humanitäre Intervention oder humanitärer Krieg». Bundeskanzler Schröder gab in einer Fernsehansprache bekannt, dass deutsche Soldaten seit 1945 zum ersten Male direkt im Kampfeinsatz stehen; denn die Bundeswehr beteiligt sich mit Tornado-Flugzeugen an der Kosovo-Operation der NATO. Der Bundestag hatte NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien grundsätzlich bereits am 16. 10. 1998 gebilligt. (Info bpb)

Sammlung über aktuelle und ältere Berichte über einen Krieg, der bis heute noch die Region nicht befriedet hat.:

2023, März: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95455>

Exkanzler Schröder hat zwar den Bruch des Völkerrechts gestanden, muß aber wohl nicht vor Gericht. Ein Gespräch mit Norman Paech: www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO-Krieg/anzeige.html

2014 Clemens Ronnefeld: www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/es-begann-mit-einer-luege-kosovo

Nachfolgend zwei Sammlungen mit Artikeln, Analysen und Berichten zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien. <http://www.agfriedensforschung.de/regionen/jugoslawien/Welcome.html>

<http://www.agfriedensforschung.de/themen/NATO-Krieg/Welcome.html>

2009: Andreas Zumach – Völkerrecht gebrochen: <https://taz.de/Zehn-Jahre-Kosovokrieg!/5165840>

SIG – Sand im Getriebe – Nr 150 – Wir wollen LEBEN, nicht überleben!

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung. Link: <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite>

SiG aktuell - Nr 150: www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/sig-150-wir-wollen-leben-nicht-ueberleben

Inhaltsverzeichnis

Kämpfe in Europa

ab S3

Volker Prasuhn Kampf gegen den Krieg und den sozialen Krieg /

Frankreich: u.a. François Ruffin,

Großbritannien: Branchen- und gewerkschaftsübergreifende Streikwelle

Griechenland Gesundheitswesen

Biodiversität-COP15 / Landwirtschaft

ab S12

NABU Weltnaturkonferenz verabschiedet neues Weltnaturabkommen

Preszenza: COP15 - falsche Lösungen für die Biodiversitätskrise

Ingeborg Schellmann: Menschenrechte für KleinbäuerInnen, LandarbeiterInnen, KleinfischerInnen oder

PastoralistInnen / INKOTA-Netzwerk: Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) - Eine unheilvolle

Allianz / Survival International CO2-Zertifikate: gravierende Mängel bei Projekt auf indigenem Land - Kenia /

Forderungen von 144 Organisationen (u.a. Attac Deutschland) an die Bundesregierung

6-Punkte-Plan für die sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle!

Keine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens! / Alexander Reich Das Nötigste ist extra teuer

Pascal / Derungs Ein gescheitertes Experiment: Treibstoffe aus Pflanzen

Wasser

ab S 21

Vilma Guzmán, amerika21, UN-Wasserkonferenz in New York: Vorschlag aus Bolivien an die Welt

FIAN „Priorität für das Menschenrecht auf Wasser“ / Gilles Sabatier, Attac Frankreich Der Kampf gegen die Mega-Becken

Frieden

ab S24

Andreas Zumach Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand

German Foreign Policy: Die Jahrestage dreier Angriffskriege

Chinas 12-Punkte-Plan für die Ukraine

Bis zum letzten ... Nachruf auf Clemens Messerschmid

Connection e.V. „Wer die Waffen nieder legt ...“ /

Israel - Palästina: Brutale Ausweitung des Siedlungsbaus, Israel/Palästina: Am Abgrund / Clemens

Messerschmid Nachruf / Riad Orhman (Medico-Blog)

Ostermarschtermine 2023 - bundesweit – Links

Viele Attac-Regionalgruppen und Personen unterstützen den Ostermarsch 2023.

BAG GuK ruft zum Ostermarsch auf!

Baden-Württemberg: [ostermarsch-2023-baden-wuerttemberg](#)

Bayern: [ostermarsch-2023-bayern](#)

Berlin: [ostermarsch-2023-berlin](#)

Brandenburg: [ostermarsch-2023-brandenburg](#)

Bremen: [ostermarsch-2023-bremen](#)

Hamburg: [ostermarsch-2023-hamburg](#)

Hessen: [ostermarsch-2023-hessen](#)

Mecklenburg-Vorpommern: [ostermarsch-2023-mecklenburg-vorpommern](#)

Niedersachsen: [ostermarsch-2023-niedersachsen](#)

Nordrhein-Westfalen: [ostermarsch-2023-nordrhein-westfalen](#)

Rheinland-Pfalz: [ostermarsch-2023-rheinland-pfalz](#)

Saarland: [ostermarsch-2023-saarland](#)

Sachsen: [ostermarsch-2023-sachsen](#)

Sachsen-Anhalt: [ostermarsch-2023-sachsen-anhalt](#)

Schleswig-Holstein: [ostermarsch-2023-schleswig-holstein](#)

Thüringen: [ostermarsch-2023-thüringen](#)

Einige Ostermarsch-Plakate '23 / attac-Regionalgruppen sind Mitveranstalter

40. OSTERMARSCH WÜRZBURG
 8. APRIL 2023
 11 UHR
 HAUPTBAHNHOF
 WÜRZBURG



**SO GEHT FRIEDEN -
 DIPLOMATIE STATT WAFFEN!**

ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
 UNTERER MARKT 11:45 UHR

MUSIKALISCHES RAHMENPROGRAMM
 BROKEN SILENCE

REDEBEITRÄGE VON
 ÖKOPAX - PAX CHRISTI WÜ
 DFG-VK WÜ - FLORAKREIS - U.A.

VERANSTALTER SIND DIE OSTERMARSCHINITIATIVE WÜRZBURG MIT
 ÖKOPAX, PAX CHRISTI WÜ, DFG-VK WÜ, attac WÜ, FLORAKREIS, DGB WÜ
 UND UNTERSTÜTZER*INNEN

DIE VERANSTALTER LEHNEN DIE TEILNAHME VON GRUPPEN MIT RECHTEN UND NATIONALISTISCHEN POSITIONEN
 AB. NATIONAL- UND PARTISANEN-FUNKTIONEN, SLOGANS ODER SYMBOLE SIND NICHT ERWÜNSCHT.

V.i.S.d.P.: Martina Jäger - Herpfe, 48 - 37076 Wafkafag

**Gemeinsam den Frieden gewinnen!
 Sofortiger Waffenstillstand und
 umgehend Verhandlungen!**

Aufruf zum
**Ostermarsch
 Aschaffenburg 2023**

Samstag, 8. April
 Auftakt: 11:00 Uhr, Stiftsplatz
 Demonstrationstzug durch die Stadt
 Abschluss: Schöntal, Eingang City-Galerie

Es sprechen VertreterInnen der Veranstaltenden

Wir fordern

- ernsthafte Schritte zu Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine.
- keine weitere Eskalation von Waffenlieferungen.
- den Stopp des weltweiten Hochrüstungswettlaufes und die Investitionen der Milliarden in Soziales, Gesundheit und Bildung.
- die Beendigung aller Kriege und die drastische globale Reduzierung der Militärapparate und -Manöver. Militär und Krieg sind gewichtige Beschleuniger der Umwelt- und Klimakatastrophe.
- den Verzicht auf die atomare Teilhabe und das Verbot der Lagerung von Atomwaffen in Deutschland.
- die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV).
- die Aufhebung der Wirtschaftsblockaden, die weltweit massenhaft Hunger und Armut bewirken.
- den generellen Stopp von Rüstungsexporten.
- die Aufnahme von Flüchtenden und Deserteuren - ungeachtet ihrer Herkunft.

Der Aschaffener Ostermarsch 23 wird veranstaltet von attac, Friedensströmen und Pax Christi.
 Das Zeigen jeglicher Nationalflaggen ist nicht erwünscht.

V.i.S.d.P.: R. Frank, Aschaffenerweg 25, r.f@attac-aschaffenburg.de Eigenbraten in Selbstweide

Stoppt die Gewaltspirale!

**Den Frieden gewinnen
 - nicht den Krieg!**

Macht mit/machen Sie mit beim
Kasseler Ostermarsch
Ostersamstag, 8. April 2023

Beginn: 11 Uhr Bebelplatz
 über Friedrich-Ebert-Straße / Neue Fahrt /
 Obelisk / Königplatz zum Rathaus

Abschlusskundgebung
12 Uhr vor dem Rathaus

es sprechen:
 Harald Fischer (Planer)
 Dr. Rabani Akezi (Stadtverordnetin)
 Brigitte Domes (Kasseler Friedensforum)
 Chris Hüppmeier (Student, AK Zwicklause)

Musik: Dylan's Dream

Auch Frieden kostet Geld! Spenden bitte an:
 Kasseler Forum für den Frieden e.V.
 IBAN: DE38 5205 0353 0000 0655 08
 BIC: HELADEF3305 (Steuerlich abzugsfähige Spendenquittungen
 können auf Wunsch ausgestellt werden)

V.i.S.d.P.: Rolf Wilsch, Kasseler Friedensforum
 Germaniastr. 14, 34119 Kassel

**Einladung zum Ostermarsch
 am Karsamstag, 8.4.2023**

Beginn um 11 Uhr am Paradeplatz, Ingolstadt.

**Für Frieden und Völker-
 verständigung, für eine
 Welt ohne Krieg!**

Es sprechen :

- Karl Heinz Peil – Bundesausschuss – Friedensratschlag – Kassel
- Prof. Dr. Irmgard Scheitler PAX CHRISTI – Eichstätt
- Fridays for Future Teilnehmer*Innen

Für Musik ist gesorgt! DJ Maxi Grabmaier
Moderation Eva Bulling-Schröter
Malaktion für Kinder Helene Greifenstein

Ablauf:
 11:00 Uhr Auftakt mit zwei Redebeiträgen, anschließend
 Demo durch die Stadt ca. 1 Stunde. Abschlusskundgebung
 auf dem Paradeplatz mit Redebeiträgen, Luftballonaktion
 und Infoständen.

Spendenkonto:
 GLS BANK
 ERDFIN 410 Transfer Money
 IBAN: DE97 43060097 4006 140724
 BIC: GENODE33 GLS

Einladung
 für den
Ostersonntag
 09.04.2023



„Dialog für Frieden“
 Marktkirche Halle, 15:00 Uhr
 Einlass ab 14:30 Uhr

kleiner **Ostermarsch**
 (attac Halle und Bl., Dialog f.Frieden u.Demokratie“)

Start: Marktplatz, Roter Turm, 16 Uhr
 Ziel: Dom Halle

„Lange Töne für den Frieden“
 17:00 Uhr Musikalische Aktion / Konzert
 nach Markus Stockhausen - Dom zu Halle

www.ostermarsch.de
 2023 über 100 Aktionen bundesweit

Verhandeln



statt schießen!

www.friedenskooperative.de

Impressum

Bitte beachten: die Beiträge des Newsletters geben die Meinung ihrer Verfasser wieder und sind nicht zu verstehen als Ausdruck der Positionen der AG Globalisierung & Krieg oder von Attac-Deutschland! Erklärungen, Aufrufe oder Pressemitteilungen der bundesweiten attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg werden als solche benannt.

V.i.S.d.P.: Ansprechpartnerin für GuK Newsletter: Martina Jäger – martinajaeger@posteo.de